



WIESBADEN



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 08.03.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 13. März 2012, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 12-F-33-0023

"Linden-Dreieck" Lahnstraße / Fasaneriestraße
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 10.2.2012 -

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden hat im Jahre 2009 eine Planung für einen Kreisverkehr an der Dreiecksfläche Lahnstraße / Fasaneriestraße vorgeschlagen, deren Umsetzung nicht weiterverfolgt und daher in den städtischen Gremien nicht beraten wurde.

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Planung zur Instandsetzung und gestalterischen Aufwertung des denkmalgeschützten sog. "Linden-Dreiecks" vorzulegen, deren Umsetzung auch in Teilschritten möglich sein sollte.
2. die Anwohner der Siedlung "Eigene Scholle", insbesondere die Interessengemeinschaft "Reisbrei-Siedlung" sowie den Ortsbeirat Nordost und Rheingauviertel/ Hollerborn in diese Planungen einzubeziehen mit dem Ziel der Akzeptanzsteigerung und zur Unterstützung bei der Realisierung.
3. Möglichkeiten für eine Querungshilfe im unmittelbaren Bereich vorzuschlagen, die Teil der Gesamtmaßnahme sein sollte und ein Erreichen der Bushaltestellen sicherer ermöglicht.

2. 12-F-33-0031

Aktive Kernbereiche

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 6.3.2012 -

Die „City“ der Landeshauptstadt Wiesbaden hat in den letzten Dekaden durch die Erweiterung und Sanierung der Fußgängerzone eine enorme Aufwertung erfahren. Das jüngste Beispiel der Sanierung der Kleine Schwalbacher Straße zeigt zudem, dass es prinzipiell möglich ist, auch ehemalige „Schmuddelecken“ aus ihrem Nischendasein zu befreien und in diese Kernzone zu integrieren.

Das von der Hessischen Landesregierung aufgelegte Programm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ verfolgt das Ziel, die „Alleinstellungsmerkmale und den Eigensinn jedes Kernbereiches“ zu fördern. Das Programm möchte die Akteure vor Ort ermutigen, anspruchsvolle Ideen für ihre Kernbereiche und kreative Strategien für die Projektumsetzung zu entwerfen. Zentrale Versorgungsbereiche, die von Funktionsverlusten, insbesondere gewerblichem Leerstand, bedroht oder betroffen sind, sollen als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben erhalten und entwickelt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, wie die Quartiere Moritzstraße/Oranienstraße sowie „City Nordwest“ (Michelsberg, Schwalbacher Str., Faulbrunnenstr., Kirchgasse) in das Programm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ aufgenommen werden können und mögliche weitere geeignete Quartiere für das Programm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ zu identifizieren,
2. in Frage kommende Quartiere mit der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe „Weltkulturerbe“ abzustimmen, mit dem Ziel, die Bewerbung zum Eintrag in die „Unesco-Liste des Weltkulturerbes der Menschheit“ zusätzlich zu fördern,
3. dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten und die geeigneten Quartiere zur Aufnahme für das Programm anzumelden.

3. 12-F-03-0034

Radverbindung nach Wi-Sonnenberg
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1.3.2012 -

Bereits seit längerem ist eine Verbesserung der Radverbindung zwischen Innenstadt und Wi-Sonnenberg geplant. Bislang hat die Verwaltung nichts vorgelegt.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. das Radwegekonzept zur Verbindung der Innenstadt mit den Stadtteilen Sonnenberg / Rambach vorzulegen.
2. in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob auf der Sonnenberger Straße Tempo 30 eingerichtet werden kann.
3. Ebenfalls in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob die Öffnung des eigentlichen umzäunten Kurparks für den Radverkehr, zumindest zu bestimmten Zeiten, z.B. vor der Schule zwischen 7:00 und 8:30 Uhr und nach der Schule zwischen 12:30 und 14:00 Uhr möglich ist.
4. darüber hinaus die Beleuchtung auf dem Chaisenweg zu verbessern.

4. 12-F-08-0026

Veranstaltungen auf dem Luisenplatz - Bürger_innenantrag
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.3.2012 -

Der Luisenplatz ist als zentral gelegener Platz mit sehr guter ÖPNV-Anbindung durch seine geschlossene Gestaltung (Rotunde) ganz besonders für kleine Veranstaltungen geeignet, die zum Verweilen einladen. Der Luisenplatz sollte wieder stärker in die Veranstaltungsplanung der Landeshauptstadt Wiesbaden einbezogen werden. Auch wären Veranstaltungen wie ein regelmäßiger Bücher-„Antik-Markt“ denkbar.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge prüfen,

wie der Luisenplatz stärker in die Veranstaltungsplanung der Landeshauptstadt einbezogen und seine Attraktivität erhöht werden kann.

5. 12-F-03-0035

Mehr Tempo für die Wi-Bahn

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1.3.2012 -

Seit der Ankündigung der Dezernentin, das Projekt Wi-Bahn für Wiesbaden wieder aufzunehmen und intensive Prüfungen vorzunehmen sind Monate ohne Bericht an den Ausschuss verstrichen, so dass der Eindruck entsteht, dass in der letzten Zeit keinerlei Aktionen stattfanden. Beispielsweise wurde der Ausschuss über notwendige Schritte wie Gespräche zur Bezuschussung durch Land und Bund nicht informiert. Gleichzeitig konnte man der Lokalpresse entnehmen, dass die Koalition plant, Tiefgaragen aus den Mitteln des Garagenfonds zu finanzieren, was in Konkurrenz zur Finanzierung der Wi-Bahn steht. Damit liegt der Schluss nahe, dass das Wi-Bahnprojekt von der Koalition nicht ernsthaft verfolgt wird, was für die Umwelt- und Verkehrspolitik der Landeshauptstadt Wiesbaden mittel- und langfristig verheerende Folgen hat.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Ausschuss bekennt sich ausdrücklich zur Einführung eines schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrssystems in Wiesbaden. Das Projekt erhält finanzielle Priorität in der Abwicklung.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Sind die Planungen der Wi-Bahn weiterbetrieben worden?
2. Falls ja, wurden neue Anregungen und Erkenntnisse sowie Technologien (z.B. Stromversorgung wie bei der Aachener Campusbahn zum gleichzeitigen Betrieb von E-Bussen auf der Stadtbahntrasse) in die Planungen mit aufgenommen?
3. Haben inzwischen Gespräche zur Bezuschussung durch Land und Bund stattgefunden? Falls ja, mit welchem Ergebnis?

6. 12-F-03-0036

Parkplätze Hockenberger Mühle

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5.3.2012 -

In der Antwort vom 8. Februar 2012 auf die Anfrage der Grünen Fraktion vom 24.10.2011 schlägt der Magistrat als Maßnahme gegen die nicht ausreichende Parkplatzkapazität an der Hockenberger Mühle und das damit verbundene wilde Parken am Straßenrand der K695 sowie der Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit und des Landschaftsschutzes vor, „einem Verstoß gegen die Regelungen des Hessischen Naturschutzgesetzes (ist) durch Überwachung und Ahndung der Ordnungswidrigkeit entgegenzuwirken.“

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. kurzfristig die Überwachung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten gezielt und wiederholt vorzunehmen.
2. eine geordnete Parksituation entlang der K 695 zu schaffen. Hierbei sind die Belange von Verkehrssicherheit und Natur- und Landschaftsschutz sorgfältig gegeneinander abzuwägen.
3. zu prüfen, ob in diesem Bereich zusätzlich eine Geschwindigkeitsbegrenzung umsetzbar ist.

7. 12-F-03-0037

RMV-Tarife

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.2.2012 -

Die RMV-Tarife werden immer wieder als zu teuer und ungerecht kritisiert. Um mehr Menschen zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen, müssen die Tarife preislich attraktiv sein und auch finanziell eine Alternative zum MIV bieten. Andererseits wird ein möglichst hoher Kostendeckungsgrad des ÖPNV angestrebt. Gleichzeitig ist von der Landesregierung eine Mittelkürzung für den ÖPNV beschlossen, die den umwelt- und verkehrspolitischen Zielsetzungen diametral entgegensteht.

Beschlusslage des RMV-Aufsichtsrats aus der Sitzung vom November 2010 ist eine vierphasige Tarifreform, die mehr Tarifgerechtigkeit bringen soll. Der Fahrplanwechsel 2012/2013 soll eine vom Regionalverkehr abgekoppelte eigene Preisstufe für die Städte bringen, so dass die Preissprünge in die umliegenden Außenbereiche geringer ausfallen. In weiteren Phasen sollen sich die Preise nur noch an den tatsächlichen Entfernungen und nicht mehr starr an den Waben orientieren.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

zu berichten,

1. welche Überlegungen gibt es für die Fahrpreisgestaltung zwischen Wiesbaden und den umliegenden Kreisen?
2. ob die Mittelkürzung des Landes für den ÖPNV um jährlich 20 Millionen Euro Auswirkungen auf die Tarifgestaltung ab 2012/2013 haben wird? Falls ja, welche?

8. 12-F-03-0038

Tempo 100 auf der A 3 im Bereich Wiesbaden-Auringen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1.3.2012 -

Die Bürgerinnen und Bürger Auringens, insbesondere im Bereich Tannenring, leiden unter dem Autobahnlärm von der A 3, da ein durchgängiger wirksamer Lärmschutz nicht vorhanden ist.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Maßnahmen zur Minderung des Autobahnlärms in Auringen zu ergreifen.

1. Als Sofortmaßnahme sind mit der zuständigen Behörde Gespräche aufzunehmen. Ziel ist auf dem Autobahnabschnitt der A3 zwischen der Abfahrt Niedernhausen und der Raststätte Medenbach Tempo 100 für PKW und Tempo 70 für LKW einzuführen.
2. In Zusammenarbeit mit der zuständigen Behörde ein Konzept über weitergehende lärmindernde Maßnahmen vorzulegen.

9. 12-F-03-0039

Carl-von-Ossietzky-Schule
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1.3.2012 -

Damit Wiesbaden auch in Zukunft zwei Oberstufengymnasien vorhalten kann, muss die Carl-von-Ossietzky-Schule schnellstens saniert oder neu gebaut werden.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Liegen aktuelle Kostenschätzungen zu Sanierung und Neubau sowie Brandschutzgutachten vor?
 - a. Falls ja, möge er dem Ausschuss darüber berichten.
 - b. Falls nein, sind Kostenschätzungen zu Sanierung und Neubau sowie Brandschutzgutachten zu erstellen und vorzulegen.
2. Gibt es einen Zeitplan, wann über Sanierung oder Neubau entschieden werden soll?

10. 12-F-03-0040

Auswirkungen Verkehrsberuhigung Ringkirche
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6.3.2012 -

Der Ortsbeirat Rheingauviertel-Hollerborn möchte eine verkehrsberuhigte Zone um die Ringkirche herum einrichten. In der Lokalpresse war die gewünschte Verkehrsführung beschrieben.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

welche verkehrlichen Auswirkungen die Planung auf das umliegende Straßennetz hätte, insbesondere unter Berücksichtigung der geplanten Stadtbahntrasse.

11. 12-F-08-0028

Hinweis auf den Faulbrunnen und die vorgesehene Gestaltung des Platzes
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.3.2012 -

Der Faulbrunnenplatz wurde mit erheblichem Aufwand neu gestaltet. Die (Wieder)-Präsentation des Faulbrunnens als einer der besonderen Quellen der Kur- und Bäderstadt Wiesbaden ist geplant, wird aber noch eine Weile dauern. Gegenwärtig ist der Faulbrunnen weiterhin verborgen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge auf dem Faulbrunnenplatz einen Hinweis auf den Faulbrunnen mit Informationen zur Wasserbeschaffenheit und zur beabsichtigten Neugestaltung des Platzes geben.

12. 12-F-38-0001

ANLAGEN

„Kaiserbrücke barrierefrei gestalten“
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen LINKE&PIRATEN und Bündnis 90/Die Grünen vom 7.3.2012 -

Die „Kaiserbrücke“ (Nordbrücke) als Verbindung zwischen den Landeshauptstädten Wiesbaden und Mainz und den Stadtteilen Mainz-Kastel und Mainz-Neustadt gewinnt als Rheinquerung für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer zunehmend an Bedeutung. Dazu tragen auch die sich entwickelnden Wohn- und Gewerbegebiete links und rechts des Rheines sowie die Entwicklung des Radweges zwischen Schierstein und Mainz-Kostheim auf der „Route der Industriekultur“ und gewachsenes Umweltbewusstsein bei.

Die Ortsbeiräte Mainz-Kastel und Mainz-Neustadt sowie der Stadtrat der Landeshauptstadt Mainz haben sich dafür ausgesprochen auf beiden Rheinseiten einen barrierefreien Zugang zur Kaiserbrücke zu schaffen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

- den Vorschlag, die Fuß- und Radwegverbindung über die „Kaiserbrücke“ barrierefrei zu gestalten, hinsichtlich der technischen, denkmalrechtlichen und finanziellen Erfordernisse zu prüfen.
- insbesondere zu prüfen, ob EU-, Bundes- und Landesprogramme zur Mitfinanzierung herangezogen und weitere Unterstützer gewonnen werden können.
- mit der Landeshauptstadt Mainz in dieser Sache Kontakt aufzunehmen und das Thema auf der nächsten Sitzung des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden zu behandeln.

13. 12-F-08-0027

Baulicher Zustand der städtischen Bürgerhäuser
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.3.2012 -

Im Frauenausschuss wurde berichtet, dass Bürgerhäuser für (Frauen-) Veranstaltungen zumindest nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

Welche baulichen Mängel und Sanierungsbedarfe gibt es in den städtischen Bürgerhäusern? Insbesondere auf die Bereiche des Brandschutzes, der sanitären Anlagen, der Veranstaltungstechnik und des barrierefreien Zugangs möge eingegangen werden.

14. 12-F-08-0029

Gemeinschaftliches Wohnen
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 7.3.2012 -

Gemeinschaftliches Wohnen von Menschen verschiedener Generationen und unterschiedlicher Familiengrößen wird in der Landeshauptstadt Wiesbaden wie in anderen Großstädten zunehmend gewünscht. Für gemeinschaftliches Wohnen geeignete Gebäude bzw. Wohnanlagen sind rar und - wenn vorhanden - nicht zuletzt aufgrund der erforderlichen Gemeinschaftsflächen und -räume für die meisten Menschen kaum bzw. immer schwerer bezahlbar.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- welche Gebäude und Wohnanlagen besonders im städtischen Bestand bzw. in den städtischen Gesellschaften vorhanden sind, die sich für gemeinschaftliches Wohnen eignen.
- welche baulichen Entwicklungsflächen in der Landeshauptstadt vorhanden sind und in absehbarer Zeit einer Bebauung zugeführt werden können, bei denen die Möglichkeit zu gemeinschaftlichem Wohnen vorgesehen werden kann.
- ob und wenn ja, welche Möglichkeiten der Magistrat ergreifen will, um gemeinschaftliches Wohnen zu fördern.
- ob und wenn ja, wie der Magistrat die in der Stadt vorhandene Initiative von Bürgerinnen und Bürgern für gemeinschaftliches Wohnen in Zukunft stärker unterstützen will.

Der Magistrat möge als ersten Schritt auf der Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden einen so genannten „Leerstandsmelder“ installieren, mit dem auf geeignete, verfügbare Gebäude und Wohnanlagen hingewiesen werden kann.

15. 11-V-61-0056

DL 07/12-2, 06/12-5

Bebauungsplan "Östlich der Parkstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg
- Beschluss über die öffentliche Auslegung -

16. 07-A-15-0001

Eingabe nach §47 Geschäftsordnung - Thomaestr. 1
- Sachstand -

17. Verschiedenes

Tagesordnung II

- | | | |
|----|---|--------------------|
| 1. | 11-F-03-0119 | ANLAGE |
| | Ufergestaltung Kastel
<i>- Bericht des Dezernates II vom 22.2.2012 -</i> | |
| 2. | 11-V-36-0010 | DL 05/12-1 |
| | Abtrennung der Bäche Wellritzbach und Kesselbach von der Mischkanalisation;
Offenlegung des Kesselbach 1. Bauabschnitt | |
| 3. | 11-V-52-0022 | DL 05/12-2 |
| | Generalsanierung der Sporthalle Berufsschulzentrum 1 - Grundsatzvorlage | |
| 4. | 11-V-66-0233 | DL 05/12-3 |
| | Knotenpunkt B 455, K 634 und Luftbrückenstraße | |
| 5. | 12-V-02-0004 | DL 09/12 |
| | Klageeinleitung Planfeststellungsbeschluss A 643
<i>- Der Magistrat berät hierzu in seiner Sitzung am 13.3.2012 -</i> | |
| 6. | 12-V-20-0007 | DL 06/12-10 |
| | Platz der Deutschen Einheit - Verlegung Gasreglerstation und haushaltstechnische Abwicklung
des Bauprojektes | |
| 7. | 12-V-20-0008 | DL 05/12-5 |
| | Vorlage der durch den Magistrat bis 31.12.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen
Ausgaben | |
| 8. | 12-V-20-0009 | DL 06/12-11 |
| | Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2011 genehmigten über- und
außerplanmäßigen Ausgaben | |

9. 12-V-61-0008 DL 07/12-8, 06/12-15

Studie zur Gestaltung der Stadteingänge in der Landeshauptstadt Wiesbaden

10. 12-V-63-0004 DL 05/12-10

Wiesbaden, Mainzer Straße 81, Geschäftsgebäude mit 2-geschossiger Großgarage für 125 Pkw-Stellplätze und 66 Pkw-Stellplätze in der Freifläche, Az.: 6302/634289/11

11. 12-V-63-0005 DL 05/12-11

Wiesbaden, Murnastraße 12, Verbandsgebäude des Arbeitgeberverbandes Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V., Az.: 6302/633732/11

12. 12-V-66-0302 DL 07/12-9, 06/12-16

Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2012

13. 12-V-66-0303 DL 07/12-10, 06/12-17

Verkehrssicherung an Fahrbahnen und Gehwegen in Wiesbaden und AKK 2011 und 2012

14. 12-V-80-2301 DL 05/12-1 NÖ

Enteignung Westring in Wiesbaden-Nordenstadt, Rücknahme des Enteignungsantrages

15. 12-V-80-2303 DL 05/12-2 NÖ

Gemeinsamer Verkauf städtischer Grundstücke in der Gemarkung Dotzheim

16. 12-V-80-2306 DL 06/12-3 NÖ

Verzeichnis der vom 01. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2011 genehmigten Grundstücksvorlagen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender